Deutscher Verkehrsbund

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SO 16 Michaelkirchpl. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 10670. / Redaktionsschluß 8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 48 • Berlin, den 26. November 1927 • 5. Jahrgang

Deutsche Reparationsunteragenten

Das blöde Geseire der deutschen Kriegsschuldigen über die nationale Schmach, die uns das Memorandum des Reparationsagenten angetan haben soll, ist, wie vorauszusehen war, sehr schnell verstummt. Die Prozentpatrioten stellen sich wieder einmal auf den

„Boden der Tatsachen,"

den sie durch ihre Kriegshetze, durch ihre verbrecherische Kriegspolitik, durch die unzulängliche Kriegführung und durch ihre inflationsgesegnete Mampepolitik sorgfältig bereitet haben. Die Deutschnationalen und ihre Banden wissen nur zu gut, daß ein Stirnrunzeln des Amerikaners Gilbert all ihre Herrlichkeiten zertrümmern kann. Die berühmte Bitte einfältigster Bauern an den heiligen Florian ist ihnen Richtlinie für ihre „Politik" geworden. Sie haben ja auch in Wirklichkeit

nichts gegen das Memorandum,

das sie selbst angefordert hatten, einzuwenden. Ihre „Entrüstung" gab ihnen erwünschte Gelegenheit, wieder einmal alle Schuld an dem heutigen Zustand auf die Republikaner abzuwälzen; sie war Sand in die Augen des nationalen Stimmviehs. Nachdem den „nationalen Belangen" Genüge geschehen ist, enthüllt der schwarzweißrote Patriot seine wahre Fratze. Fast alle nationalen Blätter zeigen dem Vertreter des „Feindbundes" den Weg, der ihn zum Ziel führen soll. Mit schamlosem Uebereifer denunzieren alle Nationalisten die deutschen Sozialversicherungsgesetze als den „wahren" Quell der deutschen Finanzmisere. Es gilt den Amerikaner von der skandalösen Tatsache abzulenken, daß die deutsche Finanz- und Zollpolitik nichts anderes ist als ein Raubzug der Reichen auf die Taschen der Armen, und daß nur die fast völlige

Steuerfreiheit des Großgrundbesitzes

und der **Steuerbetrug der Schwerverdiener** die deutschen Finanzen ruinieren. Dem Geldsackinteresse opfern die deutschnationalen Minister und ihre Gefangenen zehn Jahre deutscher Zukunft. Es ist ihr Wunsch, der Welt glauben zu machen, daß Deutschland zerbricht, wenn die Dawesverpflichtungen nicht geändert werden. Deshalb werden

die öffentlichen Kassen geplündert,

deshalb wurde der Bankrott an die Wand gemalt. Es ist dasselbe verderbliche Spiel, das schließlich zur Ruhrbesetzung und zum völligen Zusammenbruch der deutschen Währung führte. Heute könnte dieses Spiel mit dem Ende der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands schließen. Nur wer auf einer ostelbischen Klitsche geboren ist, kann annehmen, daß Parker Gilbert so dumm ist, nicht die gemachte Krise von der wirklichen zu unterscheiden. Die deutsche Regierung — richtiger vielleicht: ihre „anonymen" Einpeitscher — kümmerten die sanften Mahnungen Gilberts nicht im geringsten. Sie hat es nicht einmal für nötig gehalten den Reparationsagenten darauf aufmerksam zu machen, daß sich etwa **sieben Milliarden Mark deutsches Geld im Ausland** befindet, und daß deshalb ein Teil der Einfuhr die deutsche Zahlungsbilanz nur auf dem Papier belastet. Aber sie hat nun einmal den Auftrag, Deutschland als überaus belastet zu präsentieren — etwa als die Henne mit den goldnen Eiern, die unsere Gläubiger doch nicht sterben lassen dürfen. Die vielen Subventionen an Industrie und Schiffahrt, das 700-Millionen-Geschenk an die Schwerindustrie, der verschwenderische Wehrmachtetat, die halbe Milliarde, die wieder für die „Landwirte" (lies Schiele und Konsorten) losgemacht wird — über diese Finanzmißwirtschaft, hofft die Regierung, wird Parker Gilbert hinwegsehen, wenn die Westarps

die Milliarden aus der Sozialfürsorge als Reparation

anbieten. Die Dawesmächte wissen aber — und die deutschen Arbeiter wissen, daß sie es wissen —, daß in keinem andern Land der Reiche so wenig zur Gutmachung des Schadens, den vor allem er verursachte, beiträgt als in Deutschland. Und ob die Auslandsmächte wollen oder nicht, sie müssen sich schon mit der Mahnung an die Regierung begnügen; die für Deutschland entstehenden Konsequenzen müssen sie die deutschen Ausbeuter und Ausgebeuteten zwischen sich ausmachen lassen. Daß die Deutschnationalen sich nicht schämen, den Reparationsagenten gegen die deutschen Arbeiter zu Hilfe zu rufen, wundert uns nicht. Sie waren von jeher die antinationale personifizierte Schamlosigkeit. Wir Arbeiter hätten eher ein Recht, auf das Dawesgutachten und die Memoranden Gilberts zu pochen. Wir verzichten. Wir führen unseren deutschen Kampf ohne die Hilfe einer „Feindbund"-Regierung. Leicht wird uns dieser Kampf nicht gemacht werden. Das möchten wir unseren Mitgliedern zu bedenken geben. Sie sollen sich so stark wie möglich machen, sie müssen

den letzten Unorganisierten heranholen,

denn kaum schwankt die Konjunktur, so melden die Ausbeuter sich. Der reichlich bekannte Paul Reusch hat auf der Tagung des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen (Unternehmer-)Interessen in Rheinland und Westfalen" wieder eine Rede geredet. Wer sie liest, weiß, woher der Reparationsagent seine falschen Auskünfte über die Wirtschaftspolitik holte. Da klagte diese Eisenstirn über den Reichsarbeitsminister, dessen Politik die „wirtschaftlichen Bedürfnisse unberücksichtigt" lasse, während der Reichsfinanzminister sich bei seinen Gesetzesvorlagen „nicht im geringsten darum kümmert, daß die Henne allmählich verblutet, die ihm die goldnen Eier legt." Diese „Klage" steht mit der Wirklichkeit in so schroffen Widerspruch, daß es sich wirklich kaum lohnt zu fragen, wer die goldnen Eier schafft und wo sie geblieben sind. Mit ernsthaftem Gesicht produzierte der „Wirtschaftsführer die Lächerlichkeit, daß die

Wirtschaft mit 18,5 Milliarden belastet

sei, nämlich mit 13,5 Milliarden für Steuern und mit 5 Milliarden für die Sozialpolitik. Der jetzigen Regierung wird deutlich gemacht, daß sie ebensowenig wie andere vor ihr „den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft Rechnung trage." Das ist eine Mahnung, der wir mehr Erfolg versprechen als der des Reparationsagenten. Reusch hat entdeckt, daß „das Parteiinteresse dem Wohl der Allgemeinheit vorangestellt wird." Die Politik der Zurzeitregierung bestätigt die Richtigkeit dieser Klage. Schärfer gefaßt müßte die Anschuldigung aber dahin gehen, daß das Interesse der Geldgeber der Regierungsparteien die Politik der Regierung bestimmt und dem Allgemeinwohl vorangestellt wird. Damit kommen wir aber zu einem Mißstand, über den sich Bücher schreiben ließen, ohne daß dadurch die Korruption beseitigt werden könnte. Gegen dieses Gift hilft nur radikales Ausbrennen. Helft das Feuer schüren, Kollegen.

Es ist Zeit, zu lärmen.

Rüste dich zum Kampf, sonst gerbt man dir das Fell bei lebendigem Leibe und macht Peitschenriemen daraus, die noch deine Kinder und Kindeskinder ins Joch treiben. Stärkt eure Gewerkschaft durch unablässige Agitation.

Nur die Organisation bringt uns vorwärts.

Unsere Organisation im 1. Halbjahr 1927

Die Entwicklung unserer Organisation im ersten Halbjahr 1927 wurde günstig beeinflußt durch den Gesundungsprozeß des deutschen Wirtschaftslebens. Die schwere Zeit wirtschaftlicher Depression scheint überwunden zu sein, und es gibt schon wieder Optimisten genug, die die goldene Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur gekommen wähnen. Man sollte sich von allzu überspannten Hoffnungen freimachen. Der Gesundungsprozeß des deutschen Wirtschaftslebens unterliegt zurzeit noch zu starken Hemmungen, als daß er notwendige Entwicklungsphasen überspringen könnte. Nicht ganz mit Unrecht sagt der Reichsverband der deutschen Industrie in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister — „daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in der öffentlichen Meinung und leider auch bei amtlichen Stellen stark überschätzt wird". Er verweist dabei auf die noch immer hohe Zahl der Arbeitslosen, auf die steigenden Lasten des Dawesabkommens, auf die fehlende Ausfuhrsteigerung und auf das Anschwellen des Reichshaushalts. Ein besonders wichtiges Moment bei dieser Begründung hat allerdings der Reichsverband der deutschen Industrie außer acht gelassen. Wir meinen die geringe Kaufkraft der breiten Masse. Es ist ein Wahn zu glauben, der deutschen Wirtschaft mit vermehrter Produktion zu dienen, ohne daran zu denken, die Kraft der Konsumtion auf das notwendige Maß zu steigern. Solange dies nicht vom Unternehmertum erkannt wird, und solange nicht die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen auch praktisch gezogen werden, kann eine vollständige Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens nicht erfolgen. Die deutschen Arbeiter, in denen sich die Hauptkraft unserer Konsumtion verkörpert, ist infolge der kurzsichtigen Lohnpolitik der Unternehmer nicht in der Lage, bei vermehrter Produktion die notwendige Kaufkraft zu entwickeln. Wir sind mit Professor Lederer einer Meinung, der auf dem 10. Kongresse der Gesellschaft für Soziale Reform am 28. und 29. Juni in Hamburg sagte: „Eine gute Lohnpolitik ist die beste Produktionspolitik, und zur Erhöhung der Kaufkraft müssen die Löhne gesteigert werden."

Wenn wir vor allzu großem Optimismus bei der Beurteilung der Wirtschaftslage warnen, so erklären wir uns noch lange nicht gleichen Sinnes mit den Schwarzsehern aus Prinzip oder Neigung. Nicht mit den Schwarzsehern aus Prinzip, weil wir den Glauben haben an die endliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens, weil wir wissen, daß die deutsche Arbeiterschaft weiter zielbewußt ihren mitbestimmenden Einfluß auf die Beschleunigung des Gesundungsprozesses ausüben wird. Nicht gleichen Sinnes mit den Schwarzsehern aus Neigung, weil diese Neigung egoistischen Motiven entspringt, Motiven, die aus reiner Profitsucht jeden Sinn für das Allgemeinwerden vermissen lassen. Nicht anders sind die dauernden Unkenrufe jener Unternehmer zu deuten, die nur von „Scheinkonjunkturen" sprechen, die trotz besten Geschäftsganges jede Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Angestellten und Beamten ablehnen, immer wieder nur mit der Begründung, die Besserung im deutschen Wirtschaftsleben sei nur eine bald vorübergehende Erscheinung.

Wer objektiv die Dinge beobachtet, wird zugeben müssen, daß sich doch so manches in unserem Wirtschaftsleben gerade im ersten Halbjahr 1927 geändert hat. An der Art der Veränderungen ist zu erkennen, daß es sich um einen wirklichen Prozeß der Gesundung handelt. Nicht schwankendes Auf und Ab, sondern ein entwicklungsmäßiges Gesunden. Das Wirtschaftsbarometer zeigt eine stetige Abnahme der Konkurse und Geschäftsaufsichten, eine stetige Verminderung der Wechselproteste. Die Kurssteigerungen der deutschen Anleihen im Auslande beweisen, daß auch das Ausland wieder Vertrauen zur Besserung unserer Wirtschaftslage hat. Vor allen Dingen sind aber die Verhältnisse am deutschen Arbeitsmarkt von schlüssiger Beweiskraft. Ende Dezember 1926 standen den Arbeitsnachweisen 2 390 000 Arbeitsuchende zur Verfügung, wohingegen die Gesamtzahl der Erwerbslosen am 15. Juli 1927 801 469 betrug. Diese Zahl setzt sich nach den Angaben des Reichsarbeitsministeriums zusammen aus 493 086 Hauptunterstützungsempfängern, 181 257 Krisen-

unterstützungsempfängern und 127 126 Notstandsarbeitern in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge.

Diese allgemeine Situation findet naturgemäß auch ihre Auswirkung auf die Zahl der erwerbslosen Mitglieder unserer Organisation. Ende 1926 waren 8,8 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos. Dieser Prozentsatz verringerte sich Ende Juni 1927 auf 6,9 Prozent und Ende Juli 1927 auf 5,9 Prozent. Als Kurzarbeiter waren Ende 1926 4,7 Prozent unserer Mitglieder beschäftigt. Ende Juni 1927 3,9 Prozent, Ende Juli 1927 3 Prozent. Ein erfreuliches Zeichen für die Besserung des Beschäftigungsgrades in den Betrieben unseres Organisationsgebiets.

Unter dieser günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes ging es auch mit dem weiteren Ausbau unserer Organisation gut vorwärts. Die **Mitgliederzahl** stieg im ersten Halbjahr 1927 von 313 069 auf 325 758 und zeigt weiter eine steigende Tendenz. Den größten prozentualen Zuwachs hatten Gau IX mit 14,74 Prozent, Gau I mit 10,45 Prozent, Gau X mit 9,77 Prozent und Gau III mit 9,05 Prozent. Entgegen der allgemeinen Aufwärtsentwicklung zeigen eine Verminderung der Mitgliederzahlen Gau VI um 3,18 Prozent, Gau XIV um 0,81 Prozent und Gau XVI um 0,48 Prozent. Es bleibt zu hoffen, daß auch in diesen letztgenannten Gauen baldmöglichst die Hemmungen überwunden werden, die der Entwicklung hindernd im Wege stehen. Die erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahlen in den meisten Gauen beweist, daß der Organisationsgedanke immer tiefer in die Kreise unserer Berufskollegen hineindringt. Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Prozeß durch intensive Werbearbeit zu beschleunigen.

Die „**Freiwillige Rechtsschutz- und Haftpflicht-Unterstützung**" („Fakulta") hatte im ersten Halbjahr 1927 eine Mitgliederzunahme von 4872 und eine Erhöhung des Kassenbestandes um 73 401 Mark. Ein schöner Erfolg; zugleich aber auch ein deutlicher Beweis dafür, daß unsere Kollegen immer mehr die Vorteile erkennen, die sie durch die Mitgliedschaft in dieser Unterstützungseinrichtung haben.

Auch die jüngste Unterstützungseinrichtung unseres Bundes, die „**Renten-, Pensions- und Sterbezuschußkasse**" („Rentka"), zeigt durch ihre günstige Entwicklung im Berichtshalbjahr, das zugleich das erste Halbjahr ihres Bestehens ist, die Notwendigkeit ihrer Gründung. Eine rührige und erfolgreiche Aufbauarbeit für die „Rentka" haben besonders Gau VI, die Mitgliedschaften der Binnenschiffer und Gau III geleistet. 6,9 Prozent der Mitglieder des Gaues VI gehören der „Rentka" an; bei den Mitgliedschaften der Binnenschiffer beträgt diese Zahl 6 Prozent und im Gau III 5,7 Prozent. Am wenigsten erfolgreich waren Gau I mit 1,4 Prozent, Groß-Berlin mit 1,4 Prozent und Gau XIV mit 1,6 Prozent. Diese Zahlen können sich allerdings inzwischen wesentlich geändert haben, da eine starke Zunahme des Mitgliederbestandes der „Rentka" zu verzeichnen ist.

Die **Lohnbewegungen** im ersten Halbjahr 1927 standen unter dem Eindruck der gebesserten Wirtschaftsverhältnisse. 830 Bewegungen zur Erzielung besserer Löhne konnten ohne Arbeitseinstellung durchgeführt werden. Erfaßt wurden hierdurch 32 436 Betriebe mit 326 296 Arbeitern. Die Lohnerhöhung betrug pro Woche 769 211 Mark oder für den einzelnen Arbeiter umgerechnet im Durchschnitt pro Woche 2,35 Mark. In 18 Fällen mußte zum Angriffsstreik geschritten werden. Besonders die Unternehmer im Kraftdroschkengewerbe zwangen uns durch ihre reaktionäre Einstellung wiederholt, durch Streiks das zu erkämpfen, was man uns auf dem Wege der Verhandlungen vorenthielt. So mußten Kraftdroschkenbetriebe bestreikt werden in Berlin, Königsberg, Dresden und Nürnberg. Zu erwähnen sind noch die Hafenarbeiterstreiks in Wismar und Nordenham, die Streiks der Kohlenarbeiter in Königsberg und Mainz, die Streiks in den Naßbaggereibetrieben in Mannheim und Königsberg-Pillau. Berlin hatte noch einen Streik bei den Mehlkutschern zu führen, außerdem im Metallgroßhandel und im Röhrenhandel. An den 18 Angriffsstreiks waren 3749 Mitglieder unserer Organisation beteiligt; erzielt wurde eine Gesamtlohnerhöhung von 39 428 Mark pro Woche. In fünf Fällen wurden wir zum Abwehrstreik gezwungen, und zwar in Berlin beim Schwerfuhrwerk, in Danzig bei den Hafenarbeitern, in Kottbus im Handels- und Transportgewerbe, in Leipzig in den Möbeltransportbetrieben und in Itzehoe im Speditionsgewerbe. An diesen Abwehrstreiks waren 451 Mitglieder unserer Organisation beteiligt. In der Hauptsache galt die Abwehr den beabsichtigten Tarif- und Lohnverschlechterungen. Es gelang in allen Fällen, diese Tarifbewegungen erfolgreich abzuschließen. Die organisierte Macht der Arbeiter, ihre Solidarität und ihr Wille zum Kampf konnte verhindern, daß Unternehmerwillkür und brutaler Wirtschaftsegoismus sich zum Schaden unserer Kollegen auswirkten. Es bleibt ewig wahr, daß nur eine straffe Organisation und die strenge solidarische Pflichterfüllung der Arbeiter das Bollwerk sind, das die Verelendung der arbeitenden Klasse verhindern kann. Gerade das erste Halbjahr 1927 hat bewiesen, daß das Unternehmertum selbst bei besten Verdiensten nicht daran denkt, die Arbeiterschaft an den erzielten Gewinnen teilhaben zu lassen.

Unsere Aufgabe muß es darum auch weiterhin sein, die Organisation auszubauen. Wir müssen jeder an seiner Stelle unermüdlich werben für den großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität. Noch stehen viele unserer Kollegen abseits; sie durch intensive Aufklärung zu gewinnen, ist unser Ziel. Es bleibt unser Wille, durch die geschlossene Organisation unseren Berufskollegen ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Wir werden stark sein, wenn wir einig sind! Darum vorwärts für den

Deutschen Verkehrsbund!

Faschismus und Sozialismus.

Ist im Faschismus der Sozialismus enthalten?

Als der Larve der Deputiertenkammer, die das italienische Parlament gegenwärtig darstellt, der bereits in der Praxis angewandte Gesetzentwurf des kooperativen Regimes zur „Bestätigung" vorgelegt wurde, hielt der Abg. Benni, Vorsitzender des faschistischen Industrieverbandes, eine Rede, um die Verpflichtungen des Verbandes dem neuen Gesetze gegenüber zu vermindern. Darauf verlangt Abg. Rossoni, Vorsitzender des Allgemeinen Verbandes der faschistischen Gewerkschaften, das kooperative Regime möge dieselben Forderungen an die Unternehmer wie an die Arbeiter stellen. Mussolini stellte sich auf die Seite Rossonis. In der Praxis aber sind die Unternehmerorganisationen fast ganz selbständig, insofern als sie ihre Funktionäre selbst ernennen, währenddem die Arbeiterorganisationen ihre Funktionäre vom Staate ernannt bekommen, außerdem halten die Unternehmer Versammlungen, in denen sie Beschlüsse fassen, ohne jegliche Kontrolle ab, wogegen die Arbeitergewerkschaftsversammlungen nichts anderes als politische Zeremonien zum Zwecke der faschistischen Propaganda sind. Ein offizieller Redner hält eine Rede, in der er den „Duce" oder das Regime verherrlicht. Die Interessen der Arbeiter werden bei solchen Veranstaltungen nie besprochen. Das geschieht bei geschlossenen Türen von den zur Leitung der Arbeitergewerkschaften vom Staate ernannten Funktionäre.

Trotzalledem hat die belanglose Episode, daß die Abgeordneten Benni und Rossoni in der erwähnten Diskussion verschiedene Gesichtspunkte vertreten haben und Mussolini sich auf seiten Rossonis gestellt hat, genügt, um eine sozialistische Zeitschrift, die „Sozial. Monatshefte", zu veranlassen, gegen die linksorientierte europäische Presse Stellung zu nehmen, weil diese den Faschismus als **weiße Garde** der Industriellen behandelt. Und nicht genug hiermit, die genannte sozialistische Zeitschrift hat, nachdem sie festgestellt hat, daß die aufgelösten sozialdemokratischen, maximalistischen und kommunistischen Parteien gezwungen wurden, ins Ausland zu flüchten, sich erdreistet, zu behaupten, daß das, was vom italienischen Sozialismus am Leben geblieben ist, nicht **außerhalb**, sondern **innerhalb des Faschismus** weiter lebt. Den Beweis dafür liefert immer wieder die nichtssagende Episode im Parlament, an der sich die Abgeordneten Benni, Rossoni und Mussolini beteiligt haben. Die obengenannte Aeußerung, der am Leben gebliebene italienische Sozialismus sei dem Faschismus einverleibt worden, ist weit entfernt davon, den Faschisten unangenehm zu sein. Der Faschismus, der nur eine Bewegung ist und keinerlei Idee zur Grundlage hat, freut sich immer, wenn ihm von irgendeinem denkenden Menschen ein Gedanken zugeschrieben wird. Wahr ist es, daß die faschistische Bewegung, die in Italien wie in Ungarn, Bulgaren, Litauen, Rumänien usw. als weiße Garde der Industriellen und Großgrundbesitzer für Zerstörung der Volkshäuser, Gewerkschaften, proletarischen Genossenschaften mit Pulver und Blei entstanden, nunmehr, nachdem sie die Staatsmacht sich angeeignet hatte, die Industriellen und Agrarier, in deren Dienst sie anfangs gestanden hatte, gezwungen hat, sich nunmehr in **ihren** Dienst zu stellen. Der Diener ist zum Herrn geworden. Der Beauftragte zum Beauftragenden, gerade wie in den Fabeln des Aesopus das (bürgerliche) Pferd den (faschistischen) Menschen um Hilfe bittet, damit es die Möglichkeit habe, die Früchte ganz allein zu genießen, worauf der Mensch gerne eingegangen ist, um sich später auf das Pferd zu schwingen. Seit dieser Zeit untersteht das Pferd dem Menschen. Die faschistische Tyrannei knebelt heute alle Klassen. Der Faschismus absorbiert alles und duldet keine Partei neben sich. Wie der biblische Gott, ist er eifersüchtig und erklärt: „Außer mir dürft ihr keinen Gott haben." Da Italien von Willkür beherrscht wird, kann die Politik, die dort getrieben wird, keinen planmäßigen Charakter der Vertretung einer Klasse oder einer Schicht innerhalb einer solchen tragen. Ist dem „Duce" aus irgendeinem Grunde die nationalistische Politik des forcierten Exports genehm, so werden die Industriellen begünstigt, die Bahn der In-

Ohne Legitimation.

III.

Rotterdam ist eine hübsche Stadt. Wenn man Geld hat. Ich hatte keins, nicht einmal eine Börse, wo ich es hätte hineinstecken können, wenn ich welches gehabt hätte.

Da war auch nicht ein einziges Schiff im Hafen, das einen Deckarbeiter oder einen Ersten Ingenieur gebraucht hätte. Zu jener Zeit war mir das ganz gleich. Wenn auf einem Schiff ein Erster Ingenieur verlangt worden wäre, ich hätte den Posten angenommen. Glatt, ohne mit der Wimper zu zucken. Der Krach kommt ja erst, wenn das Schiff draußen ist, auf hoher Fahrt. Und dann können sie einen doch nicht so einfach über Bord feuern. Anzustreichen gibt es immer etwas, da findet sich dann also schon die rechte Arbeit. Man ist ja schließlich auch nicht so, daß man nun mit Mord und Tod auf das Gehalt des Ersten Ingenieurs pocht. Man kann ja etwas nachlassen. Gosh, in welchem Laden wird nicht auch einmal vom Preise heruntergehandelt, wenn das Plakat „Feste Preise" auch noch so groß gemalt ist.

Krach hätte es sicher gegeben; denn damals konnte ich eine Kurbel nicht von einem Ventil und eine Bleuelstange nicht von einer Welle unterscheiden. Das wäre ja beim ersten Signal herausgekommen, wenn der Skipper hinuntergeklingelt hätte „Totlangsam", und gleich darauf wäre der Eimer losgeschossen, als ob er auf Tod und Leben verpflichtet sei, das „Blue Ribbon", das Blaue Band, zu gewinnen. Ein Spaß wäre es ja doch. Aber es lag nicht an mir, daß ich den Spaß nicht ausprobieren konnte, denn niemand suchte einen Ersten Ingenieur. Es wurde überhaupt niemand gesucht, auf keinem Schiff. Ich hätte alles angenommen, was zwischen Kapitän und Küchenjunge ist. Aber nicht einmal ein Kapitän wurde vermißt.

Nun trieben sich auch schon so viele Seeleute dort herum, die alle auf ein Schiff warteten. Und nun gar noch eins erwischen, das rüber geht nach den States, das ist schon ganz hoffnungslos. Alle wollen sie auf einen Kasten, der rüber geht, weil sie dort alle absacken wollen, achtern rausegeln. Denn alle denken, drüben werden die Leute mit Rosinen gefüttert, sie brauchen den Schnabel nur hinzuhalten. Schiet. Und dann liegen sie dort zu Zehntausenden in den Häfen rum und warten auf ein Schiff, das sie wieder heimbringt, weil eben alles ganz anders ist, als sie es sich gedacht haben. Die goldenen Zeiten sind vorüber, sonst würde mich niemand als Deckarbeiter auf der Tuskaloosa gefunden haben.

Aber die beiden netten belgischen Cops haben mir einen Tip gegeben: Mein Konsul. Mein! Die beiden Cops schienen meinen Konsul besser zu kennen als ich. Merkwürdig. Es ist doch meine Pflicht, ihn besser zu kennen, denn er ist doch meiner. Er ist ja meinetwegen in der Welt. Er wird ja meinetwegen bezahlt.

Der Konsul klariert Dutzende von Schiffen aus, da wird er ja auch etwas wissen über verlangte Deckarbeiter, besonders wenn ich kein Geld habe.

„Wo haben Sie Ihre Seemannskarte?"

„Die habe ich verloren."

„Haben Sie einen Paß?"

„Nein."

„Bürgerpapiere?"

„Nie gehabt."

„Ja, was wollen Sie denn dann hier?"

„Ich habe gedacht, daß Sie mein Konsul seien, daß Sie mir helfen würden."

Er grinste. Sonderbar, daß die Menschen immer grinsen, wenn sie einem den Hieb versetzen wollen.

Und mit diesem Grinsen auf den Lippen sagte er: „Ihr Konsul? Das müssen Sie mir beweisen, lieber Mann, daß ich Ihr Konsul bin."

„Ich bin doch aber Amerikaner, und Sie sind amerikanischer Konsul."

Das war doch ganz richtig.

Aber es schien nicht richtig zu sein, denn er sagte: „Amerikanischer Konsul, wenn auch augenblicklich noch nicht Erster, bin ich allerdings. Aber ob Sie Amerikaner sind, das müssen Sie mir erst beweisen. Wo haben Sie denn Ihre Papiere?"

„Ich habe Ihnen doch bereits gesagt, die habe ich verloren."

„Verloren. Wie kann man seine Papiere verlieren. Die trägt man doch stets bei sich, besonders wenn man in einem fremden Lande ist. Sie können ja nicht einmal beweisen, ob Sie überhaupt auf der Tuscaloosa waren. Können Sie das beweisen?"

„Nein."

„Also. Was wollen Sie da hier? Wenn Sie auch auf der Tuscaloosa waren, selbst wenn es bewiesen werden könnte, daß Sie wirklich drauf waren, so wäre das noch nicht der geringste Beweis, daß Sie Bürger sind. Auf einem amerikanischen Schiffe können auch Hottentotten arbeiten. Also, was wollen Sie hier? Wie kommen Sie überhaupt von Antwerpen ohne Papiere hierher nach Rotterdam? Das ist doch merkwürdig."

„Die Polizei hat mich doch —"

„Kommen Sie mir gefälligst nicht noch mal mit einer solchen Erzählung. Wo ist denn das erhört, daß Staatsbeamte jemand auf diesem ungesetzlichen Wege über die Grenze in ein fremdes Land schicken? Ohne Papiere. Sie können mich nicht damit aufziehen, lieber Mann."

Und das alles sagte er grinsend und ewig lächelnd; denn der amerikanische Beamte hat immer zu lächeln, selbst wenn er ein Todesurteil verkündet. Was mich aber am meisten ärgerte, war, daß er während seiner Rede immer mit dem Bleistift spielte. Bald kritzelte er damit auf der Tischplatte herum, bald kratzte er sich damit im Haar, bald trommelte er damit „My Old Kentucky Home", und bald tippte er mit dem Bleistift so auf den Tisch, als ob er mit jedem Tippen ein Wort festnageln wollte.

Ich hätte ihm am liebsten das Tintenfaß ins Gesicht geworfen. Aber ich mußte Geduld üben, und so sagte ich: „Vielleicht können Sie mir wieder ein Schiff verschaffen, damit ich heimkomme. Es kann ja sein, daß ein Skipper um einen Mann zu kurz ist, oder daß einer erkrankt."

„Ein Schiff? Ohne Papiere ein Schiff? Von mir nicht, da brauchen Sie gar nicht erst wiederzukommen."

„Aber wo soll ich denn Papiere herbekommen, wenn Sie mir keine geben?" fragte ich.

„Was geht mich denn das an, wo Sie Ihre Papiere herkriegen. Ich habe Sie Ihnen doch nicht abgenommen. Oder? Da könnte ja jeder Herumtreiber, der auf seine Papiere nicht besser acht gibt, kommen und von mir Papiere verlangen."

„Well, Sir", sagte ich darauf, „ich glaube, es haben auch schon andere Leute, die nicht Arbeiter sind, ihre Papiere verloren."

„Richtig. Aber diese Leute haben Geld."

„Ach so!" schrie ich laut, „jetzt verstehe ich".

„Nichts verstehen Sie", grinste er, „ich meine, dann sind das Leute, die noch andere Ausweise haben, Leute, bei denen kein Zweifel zulässig ist, Leute, die ein Zuhause haben, die eine Adresse haben."